



Berechnen Familienstrukturen wegen der Individualbesteuerung zusammen? Der Gewerbeverband sieht Probleme.

Bild: Gaëtan Bally/Keystone

Weniger Kinder wegen Steuern?

Abschaffung der Heiratsstrafe schade langfristig dem Arbeitsmarkt und den KMU, befürchtet der Gewerbeverband.

Léonie Hagen

Der Gewerbeverband sorgt sich um den Nachwuchs. Damit ist nicht die Nachfolgeplanung in den zahlreichen KMU gemeint, sondern: Kinder. Genau wegen dieser solle auf die Individualbesteuerung verzichtet werden.

Sollte die Heiratsstrafe abgeschafft werden und so der Anreiz für Frauen erhöht werden, ins Arbeitsleben einzusteigen, dann führe das zu einem Rückgang der Geburtenrate: «Langfristig führt eine höhere Erwerbstätigkeit der Frauen zu weniger Kindern.» Das steht in der Vernehmlassungsantwort des Verbandes.

Präsident distanziert sich im Nachhinein

«Angstmacherei», nennt das Karin Lenzlinger. Sie ist Unternehmerin und Präsidentin der Zürcher Handelskammer: «Das zeugt von einem antiquierten Weltbild und zielt komplett an der Realität vorbei.» Familien

würden gegründet, wenn ein Paar glücklich sei und darauf vertraue, dass sich Familie und Beruf vereinen liessen.

Dafür sei die Individualbesteuerung zentral. Sie entspreche im Kern dem unternehmerischen Prinzip: Leistung soll sich lohnen. So wirke die Individualbesteuerung gegen den Fachkräftemangel. Die gesamte Wirtschaft stehe geschlossen hinter dieser Vorlage – mit Ausnahme des Gewerbeverbands.

Fabio Regazzi, Präsident des Gewerbeverbands, distanziert sich nun von den Warnungen vor sinkenden Geburtenraten. Diese seien kein relevanter Schauplatz in der Debatte, sagt Regazzi. Die Vernehmlassung liegt über zwei Jahre zurück. Da sei offenbar ein Fehler geschehen: «Das ist kein Argument, welches ich erwähnt hätte.»

Der Gewerbeverband hat in diesem Dossier eine Kehrtwende gemacht. Noch im Frühling 2025 hielt der Verband fest, die Richtung stimme. Selbst in der

Vernehmlassungsantwort, in welcher er vor weniger Kindern warnt, spricht er sich im Grundsatz noch für das Anliegen aus.

Seit Januar positioniert er sich allerdings vehement dagegen. Er spricht von enormen Einnahmeausfällen, von einem Bürokratiemonster, das zu viel Aufwand verursache und neue Ungerechtigkeiten schaffe.

«Das ist ein Aufruf, gesetzeswidrig zu handeln»

In kleinen Unternehmen, welche von Ehepaaren geführt würden, sei die Aufteilung, was wem gehöre, kompliziert. In tausenden Unternehmen sei es gängige Praxis, dass ein Partner – oder eben eine Partnerin – im Betrieb mithilfe, ohne einen formellen Lohn zu beziehen. Mit der Aufteilung durch die Individualbesteuerung werde diese «auf Vertrauen gegründete Gemeinschaft» der Ehe unnötigerweise bürokratisiert.

Auch das sei eine Vorstellung, die «völlig aus der Zeit ge-

fallen» und ein Aufruf sei, «gesetzeswidrig zu handeln», sagt Karin Lenzlinger. Wenn Frauen oder Männer in einem Betrieb mitarbeiteten, stehe ihnen dafür auch Lohn zu. Mit dieser Argumentation aber werde ein Bild einer Wirtschaft gezeichnet, welche «Ehefrauen» ausnutze.

Für Lenzlinger, die selbst in einem Familienbetrieb gross geworden ist, sei es «eine Selbstverständlichkeit», Familienmitglieder zu entlohnen. Zumal die getrennte Steuerrechnung bei Konkubinen schon lange funktioniere, auch, wenn beide im gleichen Betrieb tätig seien. Problematisch sei daran überhaupt nichts.

Konsequenz oder Ideologie?

Sollte dieser Systemwechsel zu Konflikten führen, deute das auf ein ungesundes Gefälle zwischen den Partnern hin, sagt Lenzlinger dazu. Gerade, wenn Unterhaltszahlungen nur für eine kurze Zeit geschuldet sei-

en, sei die Entlohnung beider Partner umso wichtiger. Es brauche finanzielle Unabhängigkeit: «Scheidungsarmut ist oft weiblich.»

Diesen Argumenten könne er wenig abgewinnen, sagt SGV-Präsident Regazzi. Eine separate Steuererklärung schaffe keine Eigenständigkeit. Wie Ehepaare ihre Arbeit und Besitztümer aufteilen, liege allein in ihrer Verantwortung. Es gehe nicht um Familienmodelle oder veraltete Rollenbilder, sondern rein darum, die Bürokratie im Zaum zu halten: «Ich sehe nicht, warum man daraus nun eine grosse Geschichte machen muss.»

Karin Lenzlinger sieht darin jedoch weniger Wirtschaftspolitik als Ideologie. Schliesslich argumentierte der SGV vor fünf Jahren, damals noch unter einem Präsidenten aus der SVP, deutlich weniger konservativ: Qualifizierte Frauen seien für KMU als Arbeitskräfte unerlässlich – man könne sich nicht leisten, sie infolge Mutterschaft zu verlieren.